

Antragsteller_innen: Jusos CW

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen
Der Landesparteitag der SPD möge beschließen

Berlins Bezirke finanziell auskömmlich ausstatten

Die Haushaltssituation des Landes Berlin hat sich in den letzten Jahren verschlechtert. Dies wird auch in den Bezirken sichtbar. So haben die Bezirke, oftmals unverschuldet, immer weniger Mittel über die sie frei entscheiden können. Außerdem wurden durch die Lage des Landes Berlins bedingt Regelungen getroffen, die den Bezirken immer weniger freie Mittel zur Verfügung stellen oder die Transparenz durch den Ansporn Luftbuchungen zu tätigen gefährden. Die Bezirke müssen ihre Leistungen auf ein Minimum senken, damit sie nicht in die Zwangsverwaltung des Landes Berlin kommen. Viele Entscheidungen werden den Bezirken außerdem von höherer Ebene aufoktroiert, was den Bezirken in ihren Entscheidungen wenig freien Raum gibt.

„Race to the bottom“ durch Medianisierung stoppen

Die in den 90er Jahren eingeführte Medianisierung sieht vor, die Kosten der einzelnen Produkte an den jeweiligen fiktiven Medianbezirk anzupassen. Im Ergebnis führt die Medianisierung nicht zu einer positiven Sanktionierung von Einsparbemühungen. Vielmehr ist eine „Race to the Bottom“-Tendenz zu erkennen. Senken die Bezirke ihre Kosten, so sinkt der Median, was sich wiederum auf die Mittelzuweisung auswirkt. Die Aufgaben sind mit weniger Mitteln zu erfüllen. Diese Spiralbewegung nach unten kann nicht endlos fortgesetzt werden.

Weiterhin erschwert die Medianisierung das Setzen politischer Schwerpunkte durch die Bezirkspolitik. Es müssen ökonomisch ineffiziente, aber sozialpolitisch wichtige Einrichtungen, wie z.B. Stadtteilbibliotheken, geschlossen werden.

Ehrliche und realistische Bezirkshaushaltspläne –

Grundsätzlich müssen auch in einem Bezirkshaushaltsplan Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen sein. In der Praxis führt dies zu Luftbuchungen. Da die Bezirke keine Kredite aufnehmen dürfen, werden zu erwartende Deckungslücken durch überhöhte, nicht zu realisierende Einnahmeansätze ausgeglichen.

Neben der Problematik auf der Einnahmeseite werden aber in verschiedenen Bereichen (Straßenunterhaltung, Hochbauunterhaltung) Ausgabevorgaben, die das Setzen eigener politischer Schwerpunkte verhindern. Ein weiteres Problem aus der Ausgabenseite besteht in Bereich von Pflichtleistungen (Hilfe zur Erziehung oder ALG II). Aufgrund von unrealistischen Erwartungen werden hier den Bezirken zu geringe Mittelzuweisungen gemacht, die weitere Löcher in ihre Haushalte reißen. Ferner müssen auch Gesichtspunkte der Konnexität stärker berücksichtigt werden. Die Übertragung von neuen Aufgaben an die Bezirke muss auch eine entsprechende Mittelzuweisung zur Folge haben.

Regionale Unterschiede in den Wertausgleich einbeziehen

Auch in Bezirken mit „guter“ sozialer Struktur gibt es regionale Problemkiese. Eine stärkere Einbeziehung dieser regionalen Problemkiese in den Wertausgleich ist essentiell, wobei auch negative Sozialprognosen berücksichtigt werden müssen.

Sonderprogramme überprüfen

Land, Bund und EU legen mittlerweile Programme für alles Mögliche auf, aus denen die Bezirke Mittel erhalten können. Die Programme reichen von Geldern für Sportanlagenanierung bis zur Neugestaltung von Plätzen. Während die Bezirke mit unzureichenden Mitteln auskommen müssen, gibt es gerade von Seiten des Senats eine Inflationierung von Sonderprogrammen. Bei den EU-Programmen kommt als Problematik hinzu, dass in diesem Bereich jeder Bezirk selbst mehr oder meistens weniger professionell vor sich wurstelt.

Keine Anrechnung der Immobilienwerte öffentlicher Gebäude auf die Mittelzuweisung

Die unter Finanzsenator Sarrazin eingeführte Anrechnung der Immobilienwerte öffentlicher Gebäude auf die Mittelvergabe des Landes an die Bezirke macht eine qualitativ gleiche Bereitstellung von Dienstleistungen in allen Bezirken nicht möglich. Der angerechnete fiktive Gebäudewert führt gerade bei Bezirken mit alten Schulgebäuden, die einen hohen Immobilienwert haben, der sich aber reell gar nicht realisiert lässt, zu einer unterdurchschnittlichen Mittelausstattung. Dies führt zu einer unverschuldeten Unterausstattung von Bezirken mit einem alten Gebäudebestand.

Unsere Forderungen

Der Haushalt muss sich mehr an sozialen als an ökonomischen Punkten orientieren. Denn nur eine gute soziale Infrastruktur verhindert Folgekosten, wie z.B. Kosten zur Kriminalitätsbekämpfung. Doch die momentane Systematik, wie die Bezirke ihr Geld bekommen, ist nur auf die oberflächliche Kosteneinsparung ausgelegt. Deswegen gilt es hier anzusetzen:

- Die Medianisierung muss durch ein System ersetzt werden, das auch nicht ökonomische und sozialraumorientierte Schwerpunktsetzungen ermöglicht, und Abwärtsspiralen entgegenwirkt..
- Die Bezirke benötigen eine realistische und auskömmliche Mittelzuweisung, die auf Vorgaben weitestgehend verzichtet und die Grundsätze der Konnexität berücksichtigt.
- Der Wertausgleich zwischen den Bezirken muss gerecht und vorausschauend ausgestaltet werden.
- Die Sonderprogramme des Senats sind kritisch zu überprüfen. Stattdessen sind die Bezirkshaushalte auskömmlich auszustatten, sodass die Bezirke die entsprechenden Aufgaben auch ohne Sonderprogramme erfüllen können. Eine einheitliche und effiziente Koordinierung der EU-Programme für die Bezirke ist erforderlich.